

Substanzielles Protokoll 217. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 26. März 2014, 17.00 Uhr bis 19.55 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Monika Erfigen (SVP), Dr. Gustav Hintsch (SP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-------------------------|---|------------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2014/64 | * Weisung vom 12.03.2014:
Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB),
Etablierung der Einrichtung mittels gesetzlicher Grundlage | PV
VGU |
| 3. | 2014/65 | * Weisung vom 12.03.2014:
Pflegezentren der Stadt Zürich, neue Verordnung Pflegezentren
der Stadt Zürich | VGU |
| 4. | 2014/66 | * Weisung vom 12.03.2014:
Alterszentren Stadt Zürich, neue Verordnung Alterszentren Stadt
Zürich | VGU |
| 5. | 2014/67 | * Weisung vom 12.03.2014:
Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung,
Neubau Alterszentrum Zürich-Nord und Wohnsiedlung Eichrain,
Quartier Seebach, Projektierungskredit | FV
VHB
VGU |
| 6. | 2014/69 | * Postulat von Duri Beer (SP), Peider Filli (Grüne) und 26 Mitun-
terzeichnenden vom 12.03.2014:
Revision des Art. 16 der Ausführungsbestimmungen zum städti-
schen Personalrecht (AB PR) betreffend der städtischen Perso-
nalvermittlung als Folge von Reorganisationen und aus gesund-
heitlichen Gründen | FV |
| 7. | 2014/71 | * Postulat der GLP-Fraktion vom 12.03.2014:
Beschlüsse über städtische Bauprojekte, Koordination der ver-
schiedenen Phasen der Bauvorhaben mit der Terminplanung für
die Entscheidungen des Gemeinderats | VHB |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|-----|
| 8. | 2014/51 | | Weisung vom 26.02.2014:
Finanzdepartement, Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD), Anpassung | FV |
| 9. | 2013/360 | | Weisung vom 30.10.2013:
Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP betreffend Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie, Bericht und Abschreibung | VTE |
| 10. | 2014/70 | E | Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 12.03.2014:
Umgestaltung der Lintheschergasse zwischen Bahnhofplatz und Schweizergasse als attraktive Verbindung für Fussgängerinnen und Fussgänger | VTE |
| 11. | 2013/316 | E/A | Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion sowie 1 Mitunterzeichnenden vom 11.09.2013:
Umsetzung der Städte-Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs, Erarbeitung eines Planungsinstruments zur Förderung des Fussverkehrs | VTE |
| 12. | 2013/357 | A | Postulat von Dr. Marcel Schönbächler (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 23.10.2013:
Schaffung einer Kleingewerbezone durch eine Überdeckung des Seebahngrabens zwischen der Hohl- und der Kanzleistrasse | VTE |
| 13. | 2013/392 | E/A | Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13.11.2013:
Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers | VTE |
| 14. | 2013/414 | E/A | Motion der FDP- und CVP-Fraktion vom 27.11.2013:
Aufwertung des Raums Lindenplatz-Altstetterstrasse-Bahnhof Altstetten unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn | VTE |
| 15. | 2014/21 | E/T | Postulat von Linda Bär (SP) und Michael Kraft (SP) vom 22.01.2014:
Parkanlage Platzspitz, durchgehende Öffnung des Parks | VTE |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

4826. 2014/85 Ratsmitglied Margrit Haller (SVP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Margrit Haller (SVP 9) auf den 26. März 2014 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

Mauro Tuena (SVP) beantragt namens der SVP-Fraktion die Absetzung des Geschäfts TOP 8 «Finanzdepartement, Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD), Anpassung» von der heutigen Tagliste.

Der Rat stimmt dem Antrag von Mauro Tuena (SVP) mit 117 gegen 0 Stimmen zu.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4827. 2014/94

**Erklärung der AL-Fraktion vom 26.03.2014:
Verstösse der Vertragspartnerin für die Strassen- und Parkreinigung gegen den Verhaltenskodex der Stadt**

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Vertragspartner verstösst gegen Verhaltenskodex. ERZ schaut weg

Am 3. Juli 2013 haben Alexander Jäger und Kyriakos Papageorgiou in einer schriftlichen Anfrage auf gravierende arbeitsrechtliche Missstände bei der seit Frühling 2013 für die Stadtreinigung Aufträge ausführenden „b.i.g. sicherheit und services ag“ hingewiesen. Der Stadtrat hat sich vier statt drei Monate Zeit gelassen mit der Antwort. Am 6. November teilte er mit, dass bei b.i.g. alles in Ordnung sei.

Am 14. Dezember 2013 hat Walter Angst in der Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass bei b.i.g. von der paritätischen Kommission für das Reinigungsgewerbe eine Lohnkontrolle durchgeführt worden ist. Es seien Unregelmässigkeiten festgestellt worden, weshalb die Mittel für diesen Auftrag zu kürzen seien. Ruth Gerner antwortete gemäss substantiellem Protokoll: „Wir akzeptieren kein Lohndumping, es liegt aber noch nichts Konkretes vor. Wir können erst reagieren, wenn wir etwas in der Hand haben“. Der Rat lehnte die beantragte Budgetkürzung ab.

Am 22. Januar 2014 reichten Kyriakos Papageorgiou und Walter Angst eine dringliche schriftliche Anfrage nach. Sie forderten den Stadtrat auf, die Ergebnisse der bei der b.i.g. durchgeführten Lohnkontrolle zu beschaffen und mitzuteilen, welche Konsequenzen man aus den Ergebnissen ziehe.

Am 20. März gibt der Stadtrat nun endlich zu, dass die für die Stadtreinigung arbeitende b.i.g.

- von der paritätischen Kommission zu Lohnnachzahlungen in vierstelliger Frankenhöhe verpflichtet worden ist
- b.i.g. die individuellen Arbeitsaufzeichnungen nicht gemäss den gesetzlichen Bestimmungen vorgelegt hat und die Firma deshalb mit einer Konventionalstrafe gebüsst worden ist.

Und was zieht das zuständige Departement für Konsequenzen? Das ERZ fordert seinen Vertragspartner auf, bei der Paritätischen Kommission eine weitere Lohnbuchkontrolle „für die Periode, in der sie für die Stadt Zürich Aufträge ausführt, durchführen zu lassen“. Je nach Ergebnis dieser Prüfung, werde zu entscheiden sein, „ob und welche Massnahmen zu ergreifen sind.“

Auch uns ist bekannt, dass die Lohnbuchkontrolle bei b.i.g. für den Zeitraum vom 1. Mai 2011 bis am 31. Januar 2013 durchgeführt worden ist – also vor Beginn der Auftragsarbeiten für ERZ. Auch wir sind der Meinung, dass im Zweifelsfall einem Vertragspartner eine zweite Chance gegeben werden kann.

Wenn aber klar ist, dass sich eine Firma mit von der Branche eindeutig als Dumpingangebot bezeichneten Offerten einen städtischen Auftrag sichert, und festgestellt wird, dass diese Firma in gravierender Form gegen arbeitsrechtlichen Bestimmungen verstossen hat, so ist der Auftrag sofort zu kündigen. Unerheblich ist in einem solchen Fall, ob die b.i.g. jetzt noch schnell Ordnung in ihren Laden zu bringen versucht.

Das ist auch der Sinn und Geist des im März 2010 vom Stadtrat verabschiedeten Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen. In diesem ist nirgends die Rede davon, dass der Vertragspartner nur dann mit Sanktionen rechnen muss, wenn ihm nachgewiesen werden kann, dass er „die geltenden Gesetze und Bestimmungen“ bei der Ausführung des Auftrags für die Stadt Zürich nicht eingehalten hat.

Leider macht der Verhaltenskodex den Dienstabteilungen keine klaren Vorgaben, wie bei Verstössen vorzugehen ist. Diese Lücke nützt ERZ-CEO Pauli schamlos aus, um seinen Dumpingpartner, der die Aufträge der Stadtreinigung vierzig Prozent günstiger als die Vorgänger angeboten hat, an Bord zu halten.

Der Vorfall macht deutlich, dass der Stadtrat den Verhaltenskodex oder die Ausführungsbestimmungen anpassen muss. Die Schlussbestimmungen des Verhaltenskodex (Folgen bei Nichteinhaltung), sind zu präzisieren. ERZ ist anzuweisen, die Geschäftsbeziehung mit b.i.g. aufzulösen.

G e s c h ä f t e

4828. 2014/64

**Weisung vom 12.03.2014:
Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB), Etablierung der
Einrichtung mittels gesetzlicher Grundlage**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 24. März 2014

4829. 2014/65

**Weisung vom 12.03.2014:
Pflegezentren der Stadt Zürich, neue Verordnung Pflegezentren der Stadt Zürich**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 24. März 2014

4830. 2014/66

**Weisung vom 12.03.2014:
Alterszentren Stadt Zürich, neue Verordnung Alterszentren Stadt Zürich**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 24. März 2014

4831. 2014/67

**Weisung vom 12.03.2014:
Immobilien-Bewirtschaftung und Liegenschaftenverwaltung, Neubau Alters-
zentrum Zürich-Nord und Wohnsiedlung Eichrain, Quartier Seebach,
Projektierungskredit**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 24. März 2014

4832. 2014/69

**Postulat von Duri Beer (SP), Peider Filli (Grüne) und 26 Mitunterzeichnenden vom
12.03.2014:
Revision des Art. 16 der Ausführungsbestimmungen zum städtischen Personal-
recht (AB PR) betreffend der städtischen Personalvermittlung als Folge von Re-
organisationen und aus gesundheitlichen Gründen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4833. 2014/71

**Postulat der GLP-Fraktion vom 12.03.2014:
Beschlüsse über städtische Bauprojekte, Koordination der verschiedenen Phasen
der Bauvorhaben mit der Terminplanung für die Entscheidungen des Gemeinderats**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4834. 2013/360

**Weisung vom 30.10.2013:
Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP betreffend Schaffung von zusätzlichem
Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungs-
zonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie,
Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Motion zur Schaffung von zusätzlichem Platz für Zufussgehende, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2011/222, von den Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 2. November 2011 betreffend Schaffung von zusätzlichem Platz für Zufussgehende, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Simone Brander (SP): Die Motion von 2011 forderte, dass an Bahnhöfen mit grossem Passagieraufkommen und an den angrenzenden Haltestellen in den Gebieten B und C zusätzlicher Platz für den Fuss- und Veloverkehr sowie mehr Begegnungszonen geschaffen werden. Die Massnahmen sollen auch realisiert werden, wenn dafür die Aufhebung von Parkplätzen nötig werden sollte. Der Stadtrat untersuchte in der vorliegenden Weisung acht Bahnhöfe auf Stadtgebiet auf Defizite in Bezug auf die Zugänglichkeit. Für jeden der Bahnhöfe wurde ein Massnahmenkonzept erarbeitet. Die Massnahmenkonzepte beruhen auf einem Referenzzustand, der auch Projekte beinhaltet, die mit hoher Wahrscheinlichkeit realisiert werden. Die Motionsmassnahmen sollen bis Ende 2015 in zwei Tranchen umgesetzt werden. So soll ausgelotet werden, welche Möglichkeiten es für eine Velostation am Bahnhof Altstetten-Süd gibt; dazu sollen Autoparkplätze abgebaut werden. Am Bahnhof Enge sollen Übersichtspläne zu den vorhandenen Veloabstellplätzen erstellt werden; weiter sollen der Zugang zur südlichen Veloabstellanlage verbessert und neue Velobügel installiert werden. Der Fussverkehr soll verbessert werden. Auch am Bahnhof Hardturm soll die Veloabstellanlage erweitert werden. Am Hauptbahnhof soll das Trottoir vor dem Alfred Escher-Monument erweitert und die Gestaltung des Vorplatzes überprüft werden. Der Zugang für Fussgänger soll verbessert werden. Die Haltestelle Sihlpost soll in Haltestelle Sihlpost Hauptbahnhof umbenannt

werden. Am Bahnhof Oerlikon soll die Zugänglichkeit für Velos eventuell verbessert werden. Auch am Bahnhof Stadelhofen soll die Zugänglichkeit für Velos und Fussgänger verbessert werden. Am Bahnhof Wiedikon soll die Haltestelle Kalkbreite in Kalkbreite Bahnhof Wiedikon umbenannt werden. Es sollen Veloabstellplätze überdeckt und der Zugang für Fussgänger verbessert werden. Am Bahnhof Wipkingen sind mehrere, dezentrale Veloabstellplätze vorgesehen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1 500 000 Franken. Die Mehrheit ist froh, dass die Motion zu dieser breiten Auslegeordnung geführt hat und detailliert aufgezeigt wird, wie die Situation für Velofahrer und Fussgänger verbessert werden kann. Aussagen darüber, wie viele zusätzliche Leute die Bahnhöfe aufgrund der Motionsmassnahmen frequentieren werden, sind nicht möglich. Ebenfalls ist nicht möglich zu sagen, wie viel zusätzlicher Platz durch die Umsetzung der Motionsmassnahmen beansprucht wird. Wir wissen somit nicht, ob die zusätzlichen Passagiere tatsächlich genug Platz finden werden.

Kommissionsminderheit:

Mauro Tuena (SVP): Die Kommissionsminderheit kommt zu einer anderen Erkenntnis als die Mehrheit. Die Massnahmen liegen im Kompetenzbereich des Stadtrats oder des Vorstehers oder der Vorsteherin des Tiefbaudepartements. Der Stadtrat und die Kommissionsmehrheit vergessen scheinbar, dass es in Zürich einen motorisierten Individualverkehr gibt. Dieser ist wesentlicher Bestandteil einer gut funktionierenden Volkswirtschaft. Es sollen insbesondere am Hauptbahnhof und am Bahnhof Enge Parkplätze abgebaut werden. Das Gewerbe profitiert im Umfeld des Bahnhofs Enge von diesen Parkplätzen. Frappanter sieht die Situation am Hauptbahnhof aus, wo sowohl Parkplätze als auch Fahrspuren abgebaut werden sollen. Wir werden jede einzelne Vorlage genau prüfen und allenfalls auch das Referendum ergreifen. Die Anordnungen, die in der Kompetenz des Stadtrats liegen, müssen im Budget aufgeführt sein. Sämtliche Rekursmöglichkeiten sind offen. Mit der Kenntnisnahme dieses Berichts ist die Sache nicht erledigt.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): Am 12. Juni wird die Durchmesserlinie und der Durchgangsbahnhof an der Löwenstrasse eröffnet. Dies wird zu einem erhöhten Personenaufkommen führen. Der Raum in der Innenstadt wird enger. Deshalb müssen effizientere Verkehrsmittel bevorteilt werden; dies beinhaltet Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Personen, die mit dem Velo oder dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind. Für diese Leute müssen wir Platz schaffen. Wenn das Gewerbe in der Innenstadt gefördert werden soll, muss auf den öffentlichen Verkehr, Fussgängerinnen und Fussgänger und Velofahrende gesetzt werden. Mit diesem Bericht haben wir unser Ziel nicht ganz erreicht, jedoch eine systematische Aufstellung über die Situation an den Bahnhöfen erhalten. Die Stadt hat das Problem erkannt. Wir haben ein Planungsinstrument erhalten, auf dem wir in Zukunft aufbauen können.

Guido Trevisan (GLP): Wer die Weisung ablehnt, verschliesst sich der Entwicklung in der Stadt. Es geht nicht um Ideologien, sondern um etliche Pendler, die künftig in die Stadt strömen werden. Die Ressourcen müssen optimal genutzt werden. Auch wir hätten gerne innovativere Arbeitsmodelle ohne erhöhte Verkehrsaufkommen. In der Weisung ist kein Projekt dabei, das heraussticht. Es sind jedoch auch Projekte denkbar, die nicht explizit im Bericht erwähnt sind. Vorstellbar wären beispielsweise Taxistandplätze, die nicht direkt am Bahnhof liegen, sondern weiter entfernt und die Taxis nach und nach an den Bahnhof fahren. Die vorliegende Weisung ist ein hervorragendes Kontrollmittel. Es sind viele kleine Schritte geplant, die das jetzige System verbessern können. Bereits jetzt wurden einzelne Optimierungsvorschläge als Vorstoss eingereicht.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP wird den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen. Die im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen liegen in der Kompetenz des Stadtrats. Dieses Parlament wird künftig nicht mehr mitreden können. Es geht um Parkplatzabbau. Aus unserer Sicht müssen alle Verkehrsteilnehmer einbezogen werden. Am Bahnhof Enge ist die geplante Tempo-30-Zone illusorisch.

Mauro Tuena (SVP): Wir sehen alle Verkehrsteilnehmende, die Grünen sehen oft nur den öffentlichen Verkehr und die Velofahrenden. Im Gewerbe ist der Parkplatzmangel ein Thema. Kundinnen und Kunden kommen selbstverständlich auch mit dem öffentlichen Verkehr, zu Fuss oder mit dem Velo in die Stadt. Wir wollen, dass sämtliche potentielle Kunden in die Geschäfte kommen. Es gibt eine Studie, die beweist, dass ein oberirdischer Parkplatz dem Gewerbe 350 000 bis 400 000 Franken einbringt. Diejenigen Leute, welche die Parkplätze nicht finden, fahren ins Glattzentrum oder nach Spreitenbach.

Roger Tognella (FDP): Die Weisung fordert mehr Klassenkampf und fördert die Ideologie, die in der Stadt in Bezug auf Verkehrspolitik vorherrscht. Wir hatten uns vorgestellt, dass im Bericht eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema erfolgt. Diese Hoffnung wurde enttäuscht.

Roger Liebi (SVP): Pendler pendeln und bleiben meist nicht in den Läden stehen. Ich war in vielen deutschen Städten, die verkehrsberuhigt sind. Die Leute sind dort viel zu Fuss unterwegs, kaufen jedoch nichts. Die grossen Marken sind in der Stadt nicht dazu da, Umsatz zu generieren, sondern um sichtbar zu sein. Das einheimische Gewerbe wird vertrieben. Der Umsatz verlagert sich in die Aussenquartiere und die Agglomeration. Dieser Bericht ist einseitig.

Niklaus Scherr (AL): Die Massnahmen, die rund um den Hauptbahnhof in Planung sind, belaufen sich auf knapp 25 Millionen Franken. Es wird nicht darüber geredet, ob eine Kostenbeteiligung seitens der SBB angebracht sei. Die Diskussion ist ideologisch geprägt. Als die Sihlpost gebaut wurde, finanzierte die SBB zum Beispiel die Hälfte der Postbrücke.

Marc Bourgeois (FDP): Woher sollen die hunderttausende Pendler kommen und wo sollen sie arbeiten? Die Stadt wird nicht grösser, sie wächst vor allem im Wohnbereich in den Aussenquartieren. Die Anzahl Gewerbebetriebe hat innerhalb von zehn Jahren um 7 % abgenommen. Ausserhalb des Stadtgebiets findet ein Boom statt. Die Linke betreibt in Bezug auf die Stadt eine Abschottungspolitik. Es gibt Engpässe, die behoben werden müssen. Die Vorschläge in diesem Bericht gehen zu weit. Man muss keine Spuren und Parkplätze abbauen. Man kann die Probleme auch ohne Ideologie lösen. Das Verkehrssystem muss nicht auf die Spitzenzeiten ausgerichtet werden.

Markus Knauss (Grüne): Wir haben versucht, mit dieser Motion eine rationale Diskussion über den öffentlichen Raum in der Stadt anzuschieben. Mindestens 75 % des Umsatzes wird von Kundinnen und Kunden generiert, die nicht motorisiert unterwegs sind. In der Innenstadt hat das Gewerbe ein Problem, dieses Problem betrifft jedoch nicht Parkplätze. Eine rationale Diskussion über den öffentlichen Raum in der Innenstadt ist nötig.

Guido Trevisan (GLP): Wir sind für Modelle, die diese Spitzen im Verkehrsaufkommen brechen. Dafür braucht es aber auch Arbeitgeber, die mitziehen. Ich schätze das lokale Gewerbe. Die Einkaufsmeilen gleichen sich international immer mehr an.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Motion zur Schaffung von zusätzlichem Platz für Zufussgehende, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Simone Brander (SP), Referentin; Marianne Aubert (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Alan David Sangines (SP), Guido Trevisan (GLP)

Minderheit: Präsident Mauro Tuena (SVP), Referent; Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marc Bourgeois (FDP), Kurt Hüssy (SVP), Roland Scheck (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 44 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Simone Brander (SP), Referentin; Marianne Aubert (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Alan David Sangines (SP), Guido Trevisan (GLP)

Minderheit: Präsident Mauro Tuena (SVP), Referent; Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marc Bourgeois (FDP), Kurt Hüssy (SVP), Roland Scheck (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 44 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Simone Brander (SP), Referentin; Präsident Mauro Tuena (SVP), Vizepräsident Roger Tognella (FDP), Marianne Aubert (SP), Marc Bourgeois (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Kurt Hüssy (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Matthias Probst (Grüne), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Guido Trevisan (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 102 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Motion zur Schaffung von zusätzlichem Platz für Zufussgehende, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie wird Kenntnis genommen.

2. Die Motion, GR Nr. 2011/222, von den Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 2. November 2011 betreffend Schaffung von zusätzlichem Platz für Zufussgehende, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. April 2014

4835. 2014/70

Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 12.03.2014:

Umgestaltung der Lintheschergasse zwischen Bahnhofplatz und Schweizergasse als attraktive Verbindung für Fussgängerinnen und Fussgänger

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Markus Knauss (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4796/2014): Die Lintheschergasse ist im Bereich zwischen Globus, Manor und Jelmoli bereits eine Fussgängerzone. Die Mehrheit der Besucherinnen und Besucher kommen mit dem öffentlichen Verkehr in die Stadt. Das Personenaufkommen in diesem Bereich der Bahnhofstrasse ist immens. Die Lintheschergasse könnte entlastend wirken. Dieser Bereich der Lintheschergasse, der bislang relativ unattraktiv ist, soll ebenfalls zur Fussgängerzone werden.*

***Mauro Tuena (SVP)** begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Im Bereich der Lintheschergasse wurden bereits jetzt Parkplätze wegrationalisiert. Besonders am Wochenende suchen dort viele Leute Parkplätze. Wenn jemand im Globus oder Jelmoli einkaufen will, wird er nicht im Parkhaus Opéra parkieren. Der angestrebte Abbau von Parkplätzen geht zu weit.*

Weitere Wortmeldung:

***Marc Bourgeois (FDP):** Der einzige Grund dafür, dass die Lintheschergasse zur Fussgängerzone werden soll, ist die Tatsache, dass es dort Parkplätze hat. Grosse und angesehene Firmen an der Bahnhofstrasse fangen an, sich Sorgen um die Parkplatzsituation zu machen. Zunehmend verschwinden Parkplätze in der Innenstadt. Die meisten Unternehmen schweigen oder ziehen weg. Unternehmen brauchen auch den motorisierten Individualverkehr und Parkplätze.*

Das Postulat wird mit 68 gegen 51 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4836. 2013/316

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion sowie 1 Mitunterzeichnenden vom 11.09.2013:

Umsetzung der Städte-Initiative zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs, Erarbeitung eines Planungsinstruments zur Förderung des Fussverkehrs

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Simone Brander (SP) begründet namens der SP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4241/2013): Vor über zwei Jahren stimmte die Stimmbevölkerung der Städteinitiative zu. Der Aktionsplan ist als rollende Planung angelegt und soll laufend ergänzt werden. Für zwei Ziele der Städteinitiative legte der Stadtrat bereits zwei Massnahmenpakete fest. Für die Förderung des Fussverkehrs gibt es kein Planungsinstrument. Die Veloförderung findet oft auch auf Kosten der Fussgängerinnen und Fussgänger statt. Rechtlich ist die Situation gemäss Strassengesetz klar. Das Trottoir ist den Fussgängern vorbehalten. Es ist untragbar, wenn diejenigen, die mit dem Velo und diejenigen, die zu Fuss unterwegs sind, gegeneinander ausgespielt werden. Die Stadt soll deshalb einen Masterplan Fussverkehr ausarbeiten. Die Situation für den Fussverkehr muss verbessert werden. Es wäre schön, wenn es jemanden gäbe, der für die Anliegen der Fussgängerinnen und Fussgänger einsteht. Im Vergleich zur Zufriedenheit mit dem öffentlichen Verkehr sind die Leute mit dem Fussverkehr unzufrieden. Besonders Leute mit Kindern finden die Situation problematisch. Wichtig sind sichere und attraktive Fusswege.

Marc Bourgeois (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 25. September 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Ziel dieses Vorstosses ist angeblich die 2000-Watt-Gesellschaft. Es wird das Gegenteil erreicht. Für die Umwelt würde nur etwas erreicht, wenn jemand eine Strecke, die er bislang mit dem Auto zurücklegte, künftig zu Fuss bewältigen würde. Dies wird nicht passieren. Es wird lediglich eine neue Stelle geschaffen, die Ressourcen verbraucht. Der Autoverkehr und der Fussverkehr sind keine Substitute. Es geht darum, dass der motorisierte Individualverkehr durch die Fussgängerinnen und Fussgänger behindert werden soll. Es gibt in Zürich etliche Massnahmen für Fussgänger. Es werden Fusswege, Plätze und Begegnungszonen gestaltet. Es gibt sogar Hörspiele zum Fussverkehr. Diejenigen Massnahmen, die jetzt geschaffen werden sollen, haben lediglich den Zweck, die Autofahrerinnen und Autofahrer zu drangsalieren. Die Fussgängerinnen und Fussgänger stören sich mehr an den Velos als am motorisierten Individualverkehr. Auch Velofahrerinnen und Velofahrer müssen sich an die Gesetze halten.

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): Die Verlagerung auf den öffentlichen Fuss- und Veloverkehr unterstützt die GLP nach wie vor. Dieses Postulat lehnen wir jedoch ab. Es gibt bereits diverse Massnahmen, die Einfluss auf den Fussverkehr haben. Das Programm Stadtverkehr 2025 beinhaltet konkrete Massnahmen. Es werden Fusswege, Plätze und Begegnungszonen gestaltet. Für den Fussverkehr sollen die Quartierzentren Albisrieden und Morgenthal aufgewertet werden. An der Sihl- und Bahnhofstrasse sollen Fussgängerzonen geschaffen werden. Es wurden diverse Vorstösse aus diesem Parlament überwiesen. Es gibt klare Signale vom Volk und Parlament. Es reicht, die beschlossenen Massnahmen umzusetzen. Das Verkehrssystem muss gesamtheitlich angeschaut werden.

Simon Kälin (Grüne): Es ist nicht so, dass unsererseits ein Misstrauensverhältnis zwischen Parlament und Exekutive besteht. Es wurden bereits diverse Massnahmen eingeleitet. Nichtsdestotrotz sind wir der Ansicht, dass grosses Potenzial besteht. Es gibt einen Aktionsplan mit Massnahmen, es fehlt jedoch ein Instrument, das mit dem Masterplan Velo vergleichbar ist. Dieser Vorstoss ist sehr vernünftig. Ein hoher Anteil der kurzen Strecken wird in der Freizeit oft mit dem Auto zurückgelegt. Wenn der Fussverkehr mit Fördermassnahmen attraktiver gemacht wird, können die Leute dazu bewegt werden, diese kurzen Strecken zu Fuss zurückzulegen. Es gibt sehr viel Potential zur Steigerung der Attraktivität des Fussverkehrs in der Innenstadt. Es braucht vermehrt attraktive Fussgängerwege, so beispielsweise Flaniermeilen. Dies ist ein Weg zur nachhaltigen

und klimafreundlichen Stadt. Es müssen für die einzelnen Verkehrsteilnehmer gleich lange Spiesse geschaffen werden. Es ist unbestreitbar, dass zwischen dem Fuss- und Veloverkehr Konflikte bestehen. Der Masterplan Velo darf nicht zulasten des Fussverkehrs umgesetzt werden.

Markus Hungerbühler (CVP): *Die CVP ist einerseits klar für den Masterplan Velo. Andererseits gibt es bereits jetzt genügend Berichte und Konzepte. Es braucht keinen Masterplan Fussverkehr. Der Stadtrat hat in diesem Bereich genügend gemacht. Die jetzige Situation ist ausreichend.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Gerade in Albisrieden sieht man, dass die Stadt geplant wurde, als der Fussverkehr als Randphänomen betrachtet wurde. In anderen Gebieten sind Massnahmen geplant und beschlossen. Die Massnahmen sind Einzelaktionen, die aufgrund des fehlenden übergeordneten Konzepts etwas vereinzelt wirken. In diesem Postulat geht es darum, die Fussgänger vor den übrigen Verkehrsteilnehmern zu schützen. Deshalb wollen wir diesen Masterplan Fussverkehr. Es gibt stellenweise einen Konflikt zwischen dem Fuss- und Veloverkehr. Es muss keine permanente neue Stelle geschaffen werden.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es gibt keinen Masterplan, der den motorisierten Individualverkehr flüssiger machen soll. Man kann sich fragen, ob der Stimmbürger sich darüber bewusst war, worüber er abstimmte. Förderung ist gut, jedoch müssen auch die Konsequenzen dargestellt werden. Der Fussverkehr kann auch zwangsweise gefördert werden, wenn die Parkplätze in der Nähe der Einkaufszentren abgeschafft werden. Die Förderung des Fussverkehrs findet auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs statt. Man könnte gewisse Wege schaffen, die grundsätzlich Fusswege sind und auf denen die Velofahrenden absteigen und ihr Velo stossen müssen.*

Das Postulat wird mit 62 gegen 59 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4837. 2013/357

Postulat von Dr. Marcel Schönbächler (CVP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 23.10.2013:

Schaffung einer Kleingewerbezone durch eine Überdeckung des Seebahngrabens zwischen der Hohl- und der Kanzleistrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Marcel Schönbächler (CVP) *begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4379/2013): 1999 gab es eine Initiative, welche die SBB aufforderte, Geld für die Überdeckung des Seebahngrabens zur Verfügung zu stellen. Die Einzelinitiative fand damals im Rat kein Gehör. Jedoch ist es aus unserer Sicht so, dass auch eine Kleingewerbezone für die Anwohner Freiräume schaffen kann. Damals wurde seitens des Stadtrats angeführt, dass der Seebahngraben das Stadtklima positiv beeinflusse. Der Seebahngraben besitzt eine Orientierungsfunktion, jedoch ist diese dank der heutigen technischen Möglichkeiten nicht mehr zentral. Heutzutage werden krampfhaft Räume für das Gewerbe gesucht. Es braucht kreative neue Lösungen, die diese gewünschten Räume schaffen. Mit der Überdeckung des Seebahngrabens kann auch die Durchschneidung des Quartiers behoben werden. Die Lärmbelastung für die Bevölkerung könnte gedrosselt werden. Gegenwärtig bestehen Bemühungen eines Architekturbüros, einen Teil des*

Seebahngrabens zu überbauen. Es gibt bereits Investoren für dieses Projekt. Auch Fachleute sind davon überzeugt, dass der Seebahngraben grosses städtebauliches Potenzial birgt. Mit diesem Postulat wird keine vollständige Deckung des Seebahngrabens angestrebt. Der Seebahngraben kann in einer Weise überdeckt werden, dass Fauna und Flora bestehen bleiben und der Durchlüftungsfaktor erhalten bleibt.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Ruth Genner: Das Anliegen ist durchaus interessant und wirkt auf den ersten Blick sympathisch. Es gibt gute Gründe dafür, dass das Anliegen bis jetzt nicht umgesetzt wurde. Die Gründe sind noch immer aktuell. Der Graben ist eine Freihaltezone. Eine Baubewilligung kann dort nicht erteilt werden. Städtebaulich hätte die Überbauung auch eine Zerstörung eines wichtigen Zeitzeugen zur Folge. Die trennende Wirkung des Grabens bliebe auch bei einer Überbauung bestehen. Besonders die Kosten wären hoch. Zusätzlich zu einer Überdeckung bräuchte es auch Infrastruktur. Die SBB erfüllt derzeit alle Lärmschutzaufgaben. Deshalb können wir auch nicht erwarten, dass sich die SBB an den Kosten beteiligen würde.

Weitere Wortmeldungen:

Marc Bourgeois (FDP): Das Kostenargument ist ein zentraler Aspekt. Wenn man das Gewerbe fördern möchte, kann man auf eine Abzonung verzichten oder sogar aufzonen. Alternativ kann man auch an unmöglichen Orten Räume schaffen, die nur bezahlbar sind, wenn sie von der Stadt massiv subventioniert werden. Wir müssen das Gewerbe effizient fördern. Die Leute, die dort wohnen, sind froh, dass die Mieten dort nicht allzu hoch sind.

Ruggero Tomezzoli (SVP): Die SVP unterstützt die Grundidee. Es entstünde bei einer solchen Gleisüberbauung sehr viel Fläche, die genutzt werden könnte. Auf die Stadt kommen aber immense Kosten zu. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.

Hans Urs von Matt (SP): Die SP schliesst sich den Argumenten des Stadtrats an. Im Postulatstext wird eine Gewerbezone gefordert, von gemeinnützigen Wohnungen steht dort nichts.

Markus Knauss (Grüne): Es handelt sich um einen netten Versuch, er ist aber nicht sinnvoll. Finanziell lohnt sich diese Überbauung nicht. Wegen der Fahrleitung der SBB müsste in die Höhe gebaut werden. Dies bedeutet keinen Gewinn für das Quartier.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Es ist sympathisch, wenn ein unschöner Raum durch einen anderen Raum verschönert werden soll. Dieses Anliegen ist in der jetzigen Finanzlage nicht realisierbar.

Dr. Martin Mächler (EVP): Auf den ersten Blick wirkt dieses Postulat reizvoll. Finanzielle Gründe und die Tatsache, dass diese Überbauung keine Verschönerung des Quartiers wäre, sprechen gegen dieses Postulat.

Urs Fehr (SVP): Dieser Vorstoss ist nicht umsetzbar.

Dr. Marcel Schönbacher (CVP): Praktisch alles in dieser Stadt ist ein historischer Bauzeuge. Für die Umsetzung dieses Postulats wäre eine Umzonung nötig. Die Kosten sind hoch, jedoch würde auch ein Gewinn daraus generiert.

Das Postulat wird mit 8 gegen 110 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4838. 2013/392

Motion der SP-, Grüne- und der GLP-Fraktion sowie 4 Mitunterzeichnenden vom 13.11.2013:

Realisierung der Massnahmen zur Aufwertung der Stadträume in den Quartierzentren (QUARZ) am Lindenplatz unter Einbezug des Quartiers

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nr. 2013/392 und 2013/414.

Alan David Sangines (SP) begründet namens der SP-Fraktion die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 4473/2013): *Wir fordern, dass die geplanten QUARZ-Massnahmen umgesetzt werden. Diese Massnahmen sind im Verkehrsrichtplan eingetragen und es ist wahrscheinlich, dass der Bund das Geld für diese Massnahmen sprechen wird. Uns ist wichtig, dass die Altstetterstrasse verkehrsberuhigt wird. Davon würde nicht nur Altstetten profitieren, sondern auch der Langsamverkehr und das lokale Gewerbe.*

Albert Leiser (FDP) zieht den namens der FDP-Fraktion am 27. November 2013 gestellten Ablehnungsantrag zurück: *Seit wir diesen Ablehnungsantrag gestellt haben, hat sich in Altstetten sehr viel bewegt. Deshalb ziehen wir ihn zurück.*

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Die SVP bleibt bei ihrer Haltung. Das, was hier als Aufwertungsmassnahme dargestellt wird, ist tatsächlich eine Behinderungsmassnahme. Dies sieht man besonders gut an der Schmiede Wiedikon, am Tessinerplatz und am Schaffhauserplatz. Wir wissen noch nicht, was der Kantonsrat entscheiden wird. Es bringt nichts, wenn wir jetzt eine Aufwertung des Quartiers beschliessen und nicht wissen, wie sich die Situation entwickeln wird.*

Albert Leiser (FDP): *Altstetten entwickelt sich. Wir unterstützen den Vorstoss mit den QUARZ. Der Stadtrat gibt derzeit nichts vor, man kann sich sachlich mit der Angelegenheit auseinandersetzen. Es wird sich zeigen, ob das Tram 2 so ausgestaltet wird, wie wir uns das wünschen.*

Roger Bartholdi (SVP): *Auch hier ist unklar, wie sich die Situation entwickeln wird. Aufwertung bedeutet in diesem Fall Abwertung. Die SVP ist gegen eine Flaniermeile, weil keine umgesetzt wird. Eine unterirdische Ladenpassage ist nicht finanzierbar.*

Weitere Wortmeldungen:

Alecs Recher (AL) beantragt Umwandlung in ein Postulat: *In der Zwischenzeit scheint sich im Quartier Einigkeit ergeben zu haben. Wir unterstützen dieses Anliegen und sind der Ansicht, dass die Pläne nochmals überprüft werden sollen. Es ist Einiges in Entwicklung begriffen. Deshalb beantragen wir die Umwandlung der Motion in ein Postulat.*

Pascal Lamprecht (SP): *Wir sehen die Motion 2013/414 als Ergänzung zu unserer eigenen Motion, beantragen jedoch eine Textänderung.*

Mario Mariani (CVP): *Offensichtlich herrscht in diesem Rat grosse Einigkeit. Ich spreche zur Motion 2013/382. Diese Motion ist auch der legitime Nachfolger zur Motion Lindenplatz. Diese Motionen bieten den nötigen Spielraum, den wir uns wünschen. Es ist ein gutes Signal, wenn diese beiden Vorstösse als Motionen überwiesen werden.*

Gerhard Bosshard (EVP): *Wir unterstützen die beiden Motionen unter der Voraussetzung, dass die Tramlinie 2 erhalten bleibt und dadurch Gestaltungsraum entsteht. Uns ist wichtig, dass das Quartier in die Gestaltung einbezogen wird.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Ich spreche zur Motion 2013/414. Es besteht Potential, eine Entkrampfung herbeizuführen. Es ist wichtig, Partikularinteressen zurückzustellen und die Angelegenheit in einem grösseren Zusammenhang zu betrachten. Es ist uns wichtig, dass auf übergeordneter Ebene die Limmattalbahn umgesetzt wird.*

Matthias Probst (Grüne): *Es ist sinnvoll, die QUARZ-Massnahmen unabhängig von der Planung der Tramlinie zu realisieren. Für Altstetten ist es wichtig, ein angemessenes Quartierzentrum zu erhalten. Mit Annahme der Textänderung seitens der FDP unterstützen wir auch die Motion der CVP und FDP. Die Stadt muss über das Vorgehen in Altstetten Bericht erstatten; der Gemeinderat bleibt einbezogen.*

Margrit Haller (SVP): *Wir in Altstetten haben bereits ein Zentrum. Ich kann mich nicht erinnern, dass die Motionen im Quartierverein besprochen wurden. Um das Mitwirkungsverfahren des Stadtrats zu unterstützen, wurden Fragebogen verschickt. Die SVP befürchtet, dass durch die Kompromissfindung die Positionen, die auch durch eine Petition unterstrichen wurden, aufgeweicht werden. Die Linienführung des Trams soll belassen werden. An der Altstetterstrasse sollte es für alle Verkehrsteilnehmer Platz haben.*

Irene Bernhard (GLP): *Wir finden es weiterhin sinnvoll, dass das Tram 2 an den Bahnhof Altstetten fährt. Es ist unklar, wie die Tramlinienführung künftig aussehen wird. Aus unserer Sicht sind die Rahmenbedingungen noch unklar. Werden diese Vorstösse als Motionen überwiesen, müssen wir uns an Fristen halten. Deshalb sind wir dafür, dass die Motionen zu Postulaten umgewandelt werden.*

Alan David Sangines (SP): *Ich möchte daran erinnern, dass in der Motion zur Tramlinie 2 nicht erwähnt ist, dass die Altstetterstrasse nicht verkehrsberuhigt werden soll. Es besteht Konsens darüber, dass wir die Umleitung der Tramlinie nicht wollen. Von einer Aufweichung kann nicht die Rede sein.*

Margrit Haller (SVP): *Vielleicht habe ich mich vorhin etwas allgemein ausgedrückt. Wir unterstützen diese Motionen nicht, weil wir fürchten, dass die angestrebten Massnahmen zu grosse Einschränkungen zur Folge hätten.*

Alan David Sangines (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 91 gegen 25 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4839. 2013/414

**Motion der FDP- und CVP-Fraktion vom 27.11.2013:
Aufwertung des Raums Lindenplatz-Altstetterstrasse-Bahnhof Altstetten unter
Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2013/392, Beschluss-Nr. 4838.

Albert Leiser (FDP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 4517/2013).

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 8. Januar 2014 gestellten Ablehnungsantrag.

Pascal Lamprecht (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, die unter Einbezug der betroffenen Quartiere und der Limmattalbahn die Aufwertung des Raums Lindenplatz - Altstetterstrasse - Bahnhof Altstetten bezweckt. Dies unter Berücksichtigung der Passagierströme am Bahnhof Altstetten SBB, an der Station Limmattalbahn und am Lindenplatz. Die geplanten QUARZ Massnahmen (M01, M02, M06, M08, M10) sind auch bei einem neuen Projekt umzusetzen.

Albert Leiser (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Alecs Recher (AL) beantragt Umwandlung in ein Postulat.

Albert Leiser (FDP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die geänderte Motion wird mit 80 gegen 35 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4840. 2014/21

**Postulat von Linda Bär (SP) und Michael Kraft (SP) vom 22.01.2014:
Parkanlage Platzspitz, durchgehende Öffnung des Parks**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Linda Bär (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4659/2014): Die Parkanlage Platzspitz ist einer der schönsten, ältesten und geschichtsträchtigen Parks der Stadt. 1993 wurde der Platzspitz wiedereröffnet und wird seither abends jeweils geschlossen. Wir sind der Ansicht, dass der Zeitpunkt für einen Neuanfang für diese Grünanlage gekommen ist. Der Schritt zu einer neuen Zukunft wäre ein Zeichen für die funktionierende städtische Drogenpolitik. Die Menschen würden sich freuen, wenn sie auch am späten Abend im Park verweilen könnten.

Mauro Tuena (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. Februar 2014 gestellten Textänderungsantrag: Wir haben ein gewisses Verständnis für dieses Anliegen. Wir haben jedoch einen Textänderungsantrag. Die SVP stellt diesen Textänderungsantrag, weil der Platzspitz ein weltweit bekannter Park ist. Die Situation, aufgrund welcher der Park geschlossen wurde, existiert noch immer

stellenweise in Zürich. Wir wollen keine zweite Bäckeranlage. In einem oder zwei Jahren könnten die Öffnungszeiten weiter verlängert werden.

Weitere Wortmeldungen:

Ursula Uttinger (FDP): Die FDP ist der Ansicht, dass der Park öffentlich gemacht werden sollte. Nichtsdestotrotz sind weitere Überprüfungen notwendig. Deshalb haben wir einen Textänderungsantrag und fordern, dass die Anlage versuchsweise für zwei Jahre durchgehend geöffnet wird.

Christoph Spiess (SD): Ein öffentlicher Park sollte öffentlich sein. Wir haben verstanden, weshalb der Platzspitz in den 1990er Jahren geschlossen wurde. Die heutige Situation ist jedoch eine andere. Es ist unwahrscheinlich, dass sich dort wieder eine Drogenszene einnistet. Heroin ist heute nicht mehr angesagt. Wenn es zu Sicherheitsproblemen kommt, können wir später immer noch reagieren.

Dr. Martin Mächler (EVP): Wir möchten Linda Bär (SP) auffordern, den Änderungsvorschlag der FDP anzunehmen. Ein Probetrieb ist sinnvoll.

Kyriakos Papageorgiou (SP): Ich gehöre zu der Generation, die den Platzspitz erlebte, als er noch nicht nachts abgeschlossen wurde. Der Vorschlag der FDP ist unsinnig. Wenn der Änderungsantrag der FDP angenommen wird, nehmen wir dem Stadtrat die Möglichkeit, den Park vorzeitig wieder zu schliessen, wenn der Versuch schief geht. Ich habe keine Zweifel daran, dass die Bevölkerung mit dem Platz sorgfältig umgehen wird.

Michael Kraft (SP): Es besteht scheinbar Einigkeit darüber, dass die Schliessung nicht mehr zeitgemäss ist. Die Angst einiger Parteien ist unbegründet. Wir sind uns der Vergangenheit des Areals bewusst, sind jedoch der Ansicht, dass wir uns einer Weiterentwicklung nicht verschliessen können. Die Drogenkonsumation hat sich in der Schweiz verändert. Der Textänderungsantrag der SVP ist absurd. Es geht darum, dass die Leute am Platzspitz sein können, wann immer sie wollen. Den Textänderungsantrag der FDP lehnen wir ebenfalls ab, er würde das Postulat unnötig verwässern.

Michael Kraft (SP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 81 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4841. 2014/95

Motion von Fabienne Vocat (Grüne) vom 26.03.2014: Einführung von Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen für die Polizistinnen und Polizisten der Stadt

Von Fabienne Vocat (Grüne) ist am 26. März 2014 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, mit der Qualitätssicherungs- und Entlastungsmassnahmen wie Supervision, Coaching oder ähnliches für die Polizistinnen und Polizisten der Stadt Zürich eingeführt werden kann.

Begründung:

Polizistinnen und Polizisten werden bespuckt, beschimpft, bedroht, angeschrien, sexuell belästigt und angegriffen und müssen mit extremen Situationen sozialen Leids umgehen. Wie sie damit umgehen, ist in der Stadt Zürich jeder Polizistin und jedem Polizisten selbst überlassen. Der Führungsebene der Stadtpolizei ist dieses Problem bewusst. Aus dem Konzept „Sicherheit 2020“: „Zu den äusserlichen Belastungen denen die Mitarbeitenden ausgesetzt sind (Respektlosigkeit, Gewalttätigkeit, schwieriges Arbeitsumfeld, kurzfristige Aufgebote an Wochenenden), gesellen sich innerliche Belastungen (familiärer Druck, Arbeitsunzufriedenheit, Ausbrennen, Fluktuation usw.). Diese Situation kann die Stadtpolizei im Rahmen ihrer Personalpolitik als fürsorgliche Arbeitgeberin nicht mehr länger tragen.“ Zusätzliche Stellen zum Abbau der Überzeit sind sicher sinnvoll, doch wird damit der ausserordentlichen Belastung der Polizistinnen und Polizisten innerhalb der regulären Arbeitszeit nicht begegnet.

1. Es mutet zynisch an, dass für bestimmte Polizeifunktionen mit „Ausbrennzeiten“ von wenigen Jahren gerechnet werden muss.
2. Für Sozialarbeitende und Psychologen/-innen ist Supervision oder Coaching selbstverständlich. Sie können darin den Umgang mit schwierigen Klienten/-innen und die Erfahrung von extremem Leid verarbeiten, Strategien entwickeln und die Qualität ihrer Arbeit verbessern sowie destruktive Gefühle wie Wut und Frustration verhindern. Wieso ausgerechnet der am meisten belasteten Berufsgruppe unserer Gesellschaft keine Unterstützung zugestanden wird, ist nicht nachvollziehbar.
3. Die Führung der Stadtpolizei rät den Polizistinnen und Polizisten, mit Berufskollegen/-innen über ihre Erfahrungen zu reden, sich auszutauschen und möglichst viel Freizeit miteinander zu verbringen. Das ist falsch und gefährlich. Damit wird ausgerechnet bei der Berufsgruppe mit dem Gewaltmonopol ein gefährliches Phänomen der Orientierung nach innen und Abschottung nach aussen gefördert. Die Geschichte beweist, dass solche Prozesse zu verheerenden Resultaten führen können.
4. Abgesehen davon ist es für die Arbeit der Polizei enorm wichtig, dass Polizistinnen und Polizisten sich in der ausserpolizeilichen Welt bewegen und kommunizieren können. Sie müssen fähig bleiben zu realisieren – obwohl sie tagtäglich das Gegenteil erleben – dass es NICHT in Ordnung ist, wenn sie bespuckt, beschimpft, bedroht, angeschrien, sexuell belästigt und angegriffen werden. Nur so können sie weiterhin ihre Empathie bewahren und ihre Arbeit professionell ausführen.

Mitteilung an den Stadtrat

4842. 2014/96

Postulat von Eva-Maria Würth (SP), Karin Weyermann (CVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 26.03.2014:

Bahnhof Tiefenbrunnen, Verbesserung der Umgebung, der Zugänglichkeit, der Aufenthaltsqualität sowie des Quartiernutzens

Von Eva-Maria Würth (SP), Karin Weyermann (CVP) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 26. März 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Umgebung, Zugänglichkeit sowie die Aufenthaltsqualität und der Quartiernutzen rund um den Bahnhof Tiefenbrunnen verbessert werden kann.

Insbesondere soll die Zugänglichkeit vom Quartier zum Bahnhof mit der geplanten SBB-Überbauung sowie zum See unter Einbezug der Personenunterführung behindertengerecht ausgestaltet werden bzw. überhaupt ermöglicht werden.

Begründung:

Rund um den Bahnhof Tiefenbrunnen zeichnen sich in den nächsten Jahren städteplanerisch einige Veränderungen ab (z.B. seeseitige Marina-Planung oder SBB-Neubau). Es soll eine Vision resp. Haltung entwickelt werden, was dieser Ort zukünftig erfüllen soll. Dessen Wichtigkeit muss hervorgehoben werden, auch unter ästhetischen Gesichtspunkten: so stellt der Tiefenbrunnen ein Tor zur Stadt dar und nimmt mit seiner Seenähe eine spezielle Funktion ein.

Das Umfeld soll im Planungsprozess gesamthaft miteinbezogen werden. Die Zugänglichkeit, die Aufenthaltsqualität, die Verkehrssituation und die Nutzungsstruktur sollen dabei gleichermassen berücksichtigt werden.

Ein besonderes Augenmerk soll auf die Schnittstelle Bahnhof gelegt werden mit öV (Bahn- sowie Busverkehr) und Individualverkehr (Fussgänger, Velofahrer, Parkierung).

Mit diesem Postulat soll sichergestellt werden, dass die Anliegen der EI Tiefenbrunnen (Weisung W 2012/125) in die Planung einfliessen, insbesondere die für ungültig erklärten Aspekte, nämlich dass die

Planung in Koordination mit der seeseitig geplanten Nutzungsintensivierung erfolgen soll.

Anlässlich der Beratung in der Kommission wurde erklärt, dass die im Rahmen der geplanten SBB-Überbauung vorgesehenen Einkaufsmöglichkeiten primär der Quartiersversorgung dienen sollen. Deswegen ist es notwendig, dass der Ausbau der Personenunterführung zeitig in Angriff genommen wird.

Mitteilung an den Stadtrat

4843. 2014/97

**Postulat der FDP- und GLP-Fraktion vom 26.03.2014:
Wohnsiedlung Paradies, Verzicht auf eine Subventionierung aus den Mitteln des letzten Wohnbaukredits**

Von der FDP- und GLP-Fraktion ist am 26. März 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwiefern bei der Wohnsiedlung Paradies, Wollishofen, nach ihrer Erneuerung und der Wohnungszusammenlegung auf eine Subventionierung aus den Mitteln des letzten Wohnbaukredits verzichtet werden kann.

Begründung:

Mit der Weisung GR-Nr. 2014/30 hat der Stadtrat dem Gemeinderat einen Objektkredit für eine Wohnungszusammenlegung im Rahmen der ordentlichen Erneuerung der kommunalen Wohnsiedlung Paradies, Wollishofen, beantragt. Wie die Beratung dieses Geschäfts ergeben hat, resultieren nach der Wohnungszusammenlegung und der Instandsetzung der Wohnsiedlung äusserst moderate Mietzinse. Insofern ist es fraglich, ob diese Mietzinse zusätzlich subventioniert werden sollen. Ziel der Wohnbauförderung ist es, einer möglichst breiten Masse von Bürgern günstigen Wohnraum zu vermitteln. Die Subventionierung von bereits tiefen Wohnungsmieten scheint hier nicht zielführend. Vielmehr sollten die vorhandenen Mittel für die Subventionierung von teureren Wohnungen benutzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4844. 2014/98

**Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP) vom 26.03.2014:
Sechseläutenplatz, Nutzung für politische Veranstaltungen**

Von Dr. Urs Egger (FDP) ist am 26. März 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Bisher galt die Praxis seitens Stadtrat, dass der Sechseläutenplatz nicht für politische Veranstaltungen freigegeben wird. Nun hat der Stadtrat seine Praxis geändert und erlaubt die Schlussmanifestation des 1. Mai Umzuges auf dem Platz. Diese Praxisänderung wirft etliche Fragen auf.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie definiert der Stadtrat eine politische Veranstaltung in der Stadt Zürich ?
2. Hat der Stadtrat eine Strategie entwickelt, wo in Zukunft in der Stadt Zürich politische Veranstaltungen in erster Linie durchgeführt werden ? Falls eine solche Strategie besteht, welche Rolle spielt der Sechseläutenplatz darin ?
3. Der Stadtrat hat eine Obergrenze der Nutzung des Sechseläutenplatzes festgelegt. Liegt die Bewilligung der 1. Mai Veranstaltung 2014 noch im Rahmen der Obergrenze ? Falls ja: Wie viele freie Tage sind zur Zeit noch verfügbar ? Falls nein: auf welcher Grundlage erfolgte der Entscheid, die Obergrenze auszuweiten ?
4. Welche andern Anlässe mit politischem Charakter, die ebenfalls einen Antrag zur Nutzung des Sechseläutenplatzes stellten, wurden 2013 und 2014 mit welcher Begründung abgelehnt ?
5. Wie viele politische Veranstaltungen sollen in Zukunft auf dem Sechseläutenplatz pro Jahr bewilligt werden ?

6. Sind die Organisatoren der 1. Mai Veranstaltung für die allenfalls entstehenden Schäden am teuren Belag des Sechseläutenplatzes verantwortlich ? Wer kommt für die Reinigung des Platzes im Anschluss an die Veranstaltung auf ? Wurden die Veranstalter verpflichtet, allfällige Schäden an privaten Liegenschaften in der Umgebung des Sechseläutenplatzes zu übernehmen ? Falls nein, warum nicht ?
7. Wie beurteilt der Stadtrat die Sicherheitslage im Zusammenhang mit der 1. Mai Veranstaltung auf dem Sechseläutenplatz 2014 ?
8. Werden aufgrund der örtliche Verhältnisse mit vielen Glasfassaden um den Sechseläutenplatz und dem historisch wichtigen Opernhaus spezielle Sicherheitsvorkehrungen getroffen? Sind im Vergleich zu den letzten 5 Jahre 2014 mehr Polizisten aufgeboten ?
9. Wenn vermehrt politische Veranstaltungen auf dem Sechseläutenplatz bewilligt werden, wird es zu mehr Störungen des öffentlichen und privaten Verkehrs um den Bellevueplatz kommen. Welche Massnahmen sind vorgesehen, um diese Auswirkungen möglichst gering zu halten ? Ist die Auswirkung auf den Verkehr an diesem Verkehrsknotenpunkt ein entscheidendes Kriterium für die Bewilligung einer Veranstaltung ?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

4845. 2014/24

Dringliche Schriftliche Anfrage von Walter Angst (AL), Kyriakos Papageorgiou (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 22.01.2014:

Verstösse der Vertragspartnerin für die Strassen- und Parkreinigung gegen den Verhaltenskodex der Stadt, Hintergründe und mögliche Massnahmen

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 193 vom 12. März 2014).

4846. 2013/312

Weisung vom 11.09.2013:

Immobilien-Bewirtschaftung, Pavillon des Verwaltungszentrums Werd, Instandsetzung und Einbau von Jurierungsräumen, Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Februar 2014 ist am 14. März 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. April 2014.

4847. 2013/376

Weisung vom 06.11.2013:

Stadtkanzlei, Reduktion der Anzahl Wahlbüromitglieder

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 5. Februar 2014 ist am 14. März 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. April 2014.

Nächste Sitzung: 2. April 2014, 17 Uhr.